»Was glauben die ‚Tiger' und ‚Drachen'? – Religion und Wirtschaft in Ostasien«, Evangelische Akademie Thüringen, Neudietendorf, 6.- 9.10.2008

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostasien

Von Tobias Voss

Der folgende Text beschreibt die grundlegenden Strukturen wirtschaftlicher Entwicklungen in Ostasien anhand eines Vergleichs der jüngeren Wirtschaftsgeschichte von China und Japan

Eine Standortbestimmung

Vergleicht man die natürlichen Voraussetzungen von China und Japan, so fördert man eine Reihe von Gegensätzen zu Tage. Auf der einen Seite das riesige China, dessen kontinentale Ausmaße sich in der Ost-West-Ausdehnung von den fruchtbaren Gebieten des Yangzi-Deltas bis in die kargen Höhen des tibetischen Hochplateaus und die Wüsten Xinjiangs erstrecken. In Heilongjiang, der nördlichsten Provinz der Mandschurei, werden im Winter eisige Temperaturen von minus dreißig Grad Celsius gemessen, während man südlich des Yangzi die Wohngebäude nicht einmal mit Heizungen ausstattet. Auf der anderen Seite nimmt sich, in geografischen Maßstäben betrachtet, die japanische Inselgruppe geradezu winzig aus. Alle Landesteile sind, im Gegensatz zu China, mit ausreichenden Niederschlägen gesegnet und gewährleisteten schon in früheren Zeiten eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung. Gemein mit dem chinesischen Festland hat Japan eine vorwiegend durch Berge zerfurchte, in kleine »Kammern« geteilte Landschaft, was den Japanern stets die Fähigkeit abverlangte, sich auf kleinem Raum einzurichten.

Die Ressourcenausstattung ist in beiden Ländern knapp. Japan muss nahezu sämtliche grundlegenden Industrierohstoffe importieren und ist somit in hohem Maße von Auslandsmärkten abhängig (Eisenerze, Bauxit, Rohöl und Steinkohle haben Einfuhranteile von 90 Prozent-100 Prozent!). China besitzt dagegen diverse Öl- und vor allem Kohlevorkommen. Obwohl die Öl- und Gasförderindustrie als die fünftgrößte der Welt gilt, verfügt China nur über 2,3 Prozent der weltweiten Ölreserven und lediglich über 0,8 Prozent der weltweiten Gasreserven. Auch bei der Steinkohle, mit einem Anteil von 69 Prozent die Hauptenergiequelle Chinas, besitzt China nur 11 Prozent der weltweit gesicherten Vorkommen.

Die Bevölkerung Chinas ist mit ihren 1,3 Milliarden Menschen zehn mal so groß wie diejenige Japans. Hierbei ist charakteristisch, dass sich die Bevölkerung hauptsächlich entlang der sogenannten Heihe-Taizhong-Linie konzentriert. Die Heihe- Taizhong-Linie ist eine gedachte Linie vom Nordwesten nach Südwesten, die die natürliche Grenze zwischen den regenreichen östlichen Gebieten und den trockenen Westprovinzen nachzeichnet. Die somit gegebene natürliche Ballung in den Küstengebieten wird durch die boomenden Küstenstädte weiter verstärkt.

Ein umgekehrtes Bild der Gegensätze zwischen den beiden Ländern zeigt sich, wenn man die Brutto-Inlands-Produkte vergleicht. Das BIP von Japan im Jahr 2007 lag bei 4,38 Billionen US$, dasjenige von China bei 3,25 Billionen US$. Der krasse Gegensatz zwischen Japan und China wird allerdings erst richtig deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das japanische BIP pro Kopf mit 34.312 US$ rund 14 mal so groß ist wie das chinesische. Trotz gehemmten Wachstums ist Japan wirtschaftlich gesehen gegenüber China immer noch ein Riese.

Japan und China befinden sich derzeit an zwei unterschiedlichen Punkten ihrer Entwicklung. Warum China immer noch ein Boomland ist, während Japan gegen einen permanenten Abschwung zu kämpfen hat, soll ein Blick in die jüngere Wirtschaftsgeschichte beider Länder zeigen.

J A P A N

Die wirtschaftliche Entwicklung in Japan

Die Anfänge des modernen japanischen Wirtschaftssystems lassen sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgen. 1853 legte Kommodore Matthew Perry in der Bucht von Tokio an und erzwang die Öffnung japanischer Märkte für amerikanische Produkte. Mit dem Sturz des Tokugawa Shogunats und der Inthronisierung des Meiji- Kaisers im Jahr 1868 setzen weitreichende Staatsund Wirtschaftsreformen ein, die Japan zur führenden Industrienation in Ostasien machte. Der Sieg im ersten Chinesisch-Japanischen Krieg im Jahr 1895 und derjenige über die russischen Ar meen im Jahr 1905 war auch Ausdruck einer neu erlangten wirtschaftlichen Macht. Denkt man heute an Japan, so verbindet man mit dem Land eher das horrende Wirtschaftswachstum in den 60er Jahren und die erfolgreiche Platzierung von hochwertigen Exportprodukten auf den westlichen Märkten. Dennoch sind viele Grundlagen, gerade auch was die Struktur und Funktionsweise japanischer Großkonzerne angeht, schon in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gelegt worden, da dieses Unternehmen bereits in jener Zeit durch einflussreiche Familien geführt wurden (*zaibatsu*). Einsetzen möchte ich hier allerdings zu Beginn dessen, was man als das japanische Wirtschaftswunder bezeichnet.

Das japanische Wirtschaftswunder

Das japanische Wirtschaftswunder fand zwischen 1960 und 1973 statt. Rasante Zuwachsraten von durchschnittlich 10 Prozent waren die Grundsteinlegung, die Japan zur heute zweitgrößten Wirtschaft der Welt emporsteigen ließ. Dieser Erfolg war Ergebnis des Zusammenspiels verschiedener Faktoren, die ihren Ursprung bereits in den 50er Jahren hatten.

In der vom Krieg stark beschädigten Wirtschaft – die Industrie hatte 31 Prozent ihres Kapitals eingebüßt – war es zunächst nicht leicht, hohe Investitionen in Schwerindustrie oder in Forschung und Entwicklung zu tätigen, so dass man zunächst im Westen veraltete, für die Bedürfnisse der japanischen Leichtindustrie jedoch brauchbare und zudem günstige Maschinen importierte bzw. lizenzierte. In Japan wurden diese Technologien nach dem gleichen Muster anschließend von großen Firmen an kleinere Firmen weiterverkauft. Gestützt wurde diese Kapitalakkumulation durch traditionell hohe Sparquoten der japanischen Privathaushalte, die in den 60er und 70er Jahren 20 Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte ausmachte.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der dem Aufschwung neuer Kleinindustrien zu Gute kam, war ein durch Flucht aus den zerstörten Städten verursachter Arbeitskräfteüberschuss auf dem Land. Gab es im Jahr 1940 noch 14 Millionen. Arbeitskräfte auf dem Land, so waren es 1950 17 Millionen, insgesamt 48 Prozent der Arbeitskräfte. Diese Kräfte fanden in den neuen Leichtindustrien Arbeit, welche wiederum in großem Maß von Exportaufträgen der US-Armeen im Koreakrieg (1950–53) profitierten. Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle der japanischen Regierung, die durch Zugrundelegung staatlicher Planvorgaben (Fünf- und Sieben-Jahres-Pläne) Instrumente indirekter Steuerung dazu nutzte, die Wirtschaft zu stabilisieren.

Zum einen betrieb man eine Marktabschottung für in Japan noch nicht konkurrenzfähige Produkte und förderte eine exportinduzierte Wirtschaftsstruktur durch günstige Einfuhrzölle für Rohstoffe, günstige Kredite für erfolgversprechende Exportartikel sowie teure Einfuhrzölle für Fertigwaren. Diese Maßnahmen verstärkten zudem die Wirkung des 1948 auf einen sehr niedrigen Wert von 360¥/US$ fixierten Yen.

Schließlich wäre noch die Restauration der traditionellen Industrie-Konglomerate, den sogenannten Keiretsu (Konzerngruppen, wörtlich: Reihe, System), nach dem Friedensvertrag von San Francisco im Jahr 1951 zu nennen. Diese Firmenkonglomerate sind eine sehr spezifische Erscheinung der japanischen Wirtschaft, die verschiedenste Wirtschaftszweige vereinen und ein in sich geschlossenes System von Produktionsstätten, Banken, Versicherungen, Außenhandelsfirmen, Redereien usw. bilden. Als Vorteil dieser Riesenfirmen erwies sich einerseits eine starke Position bei der strategischen Besetzung von Märkten (Strukturwandel), andererseits auch die Möglichkeit der Ausnutzung von steigenden Skalenerträgen (d.h. sinkenden Kosten bei Ausweitung der Produktion).

Das durch den Nachkriegsboom (Korea-Krieg) in Schwung gekommene Wachstum beschleunigte sich in den 60er Jahren und betrug, wie schon erwähnt, sagenhafte 10 Prozent im Schnitt. Hiermit ging auch der bekannte Strukturwandel einher. Wurden in den 50ern noch Textil- und Leichtindustrieprodukte gefertigt, so waren es in den 60ern Stahl, Schiffe, Uhren und Transistorradios, in den 70ern kamen PKW, Motorräder, Kugellager, Kameras, Fernseher und weitere Gebrauchselektronik hinzu. Ab den 80ern fertigt man dann Industrieroboter, Werkzeugmaschinen und Computer.

Anfang der 70er Jahre wurde das rasante Wachstum dann durch die erste Ölkrise gebremst, da Japans Energieversorgung zum Großteil von Öl aus den Golfstaaten abhängig war. Infolge dessen diversifizierte man seine Ölimporte auf Länder wie China und Indonesien, so dass man die zweite Ölkrise 1979/80 fast unbeschadet überstand. Insgesamt sank das Wachstum in den 80er Jahren auf einen Wert von 5 Prozent durchschnittlich, bevor es Ende der 80er Jahre dann zur sogenannten Japankrise kam.

Japankrise: »Bubble Economy«

Das Plaza-Abkommen im Jahr 1985, im Zuge dessen die G5-Staaten (USA, GB, Westdeutschland, JP, F) eine Abwertung des US-Dollars beschlossen hatten, da sich in den USA ein hohes Leistungsbilanzdefizit aufgetürmt hatte, hatte eine dauerhafte Aufwertung des Yen und eine Ausbremsung japanischer Exporte zur Folge. Man versuchte seitens der japanischen Zentralbank durch Geldmengenausweitung die Binnennachfrage anzukurbeln, was die hohen Sparquoten allerdings nicht senken konnte. Das zusätzlich gesparte Geld wurde in Aktien und Immobilienwerte investiert, woraufhin Grundstückspreise und Aktienkurse aufgrund der höheren Nachfrage zu steigen begannen. Dieses wiederum veranlasste in- und ausländische Spekulanten dazu, auf immer weitergehende Wertsteigerungen zu setzen und die Nachfrage stieg. Der Nikkei-Index, der im Jahr 1984 noch 10.000 Punkte betragen hatte, explodierte förmlich und am 16. August 1989 wurde der historische Höchststand von 35.084,15 Punkten gemessen, was mehr als einer Verdreifachung in einem Zeitraum von fünf Jahren entspricht. Die Banken gewährten aufgrund der hohen Einlagen kritiklos Kredite, die durch überbewertete Grundstücke und Aktienpakete gedeckt waren. Die Blase platze 1991, der Wert des Nikkei- Indexes sank auf 16.000 Punkte im Jahr 1992. Eine tiefgreifende Rezession war die Folge, von der sich Japan über fünfzehn Jahre nicht erholte, auch wenn es 1996 und 2000 kurze Phasen der Erholung gab.

Deflationsspirale

Wie schon gesagt, wird in Japan traditionell viel gespart, ein Effekt, der sich in Krisenzeiten noch verstärkt. In diesem Fall wurde das Ausgabeverhalten der Haushalte dadurch verstärkt, dass wegen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, niedriger Firmenpensionen, knapp bemessener staatlicher Sozialleistungen und einem mittlerweile hohen Anteil an Teilzeitarbeit mehr Geld zur Sicherung des

zukünftigen Konsums gehortet wurde. Infolgedessen stürzte Japan in eine Deflationsspirale. Wenn aber mehr gespart und somit der Konsum eingeschränkt wird, kommt es zu einer Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Dieses wiederum führte zu Einkommensrückgängen, also einer weiter sinkenden Konsumgüternachfrage, was die Preise wiederum fallen ließ. Die Reaktion der japanischen Zentralbank war, dass sie die japanische Wirtschaft mit billigem Geld überschwemmte (der Leitzins betrug lange Zeit 0 Prozent), um eine Initialzündung für einen Konsumaufschwung zu geben. Die Regierung betrieb zugleich eine expansive Fiskalpolitik und investierte in großem Stil in Infrastrukturprojekte. Heute ist Japan das am höchsten verschuldete Industrieland der Welt. Das Haushaltsdefizit beträgt über 6 Prozent des BIP und allein der Schuldendienst umfasst 130 Milliarden Euro im Jahr.

Die japanische Wirtschaft ist 2006 und 2007 wieder um 2 Prozent gewachsen. Hierzu trugen sowohl der Kauf fauler Kredite als auch Deregulierungsmaßnahmen bei. Ob dies ein stabiler Trend ist, muss sich allerdings erst noch beweisen. Japans Wirtschaftsmotor sind derzeit die Exportnachfrage aus den USA oder auch China. Neben der problematischen Nachfragestruktur und nach wie vor bestehenden Problemen im Bankensektor und bei der Deregulierung steht Japan vor allem dem Problem einer dramatisch sich wandelnden Altersstruktur gegenüber.

Ein Land von Greisen

Japans Bevölkerung ist eine der ältesten der Welt. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung sind mittlerweile älter als 65 Jahre und es wird für das Jahr 2025 ein Anteil von 31 Prozent erwartet, was Japan zur am schnellsten alternden Gesellschaft der Welt macht. Zugleich steigt der Anteil der über 75- Jährigen an der Gesamtzahl der über 65-Jährigen auf 60 Prozent im Jahr 2025, was einen gewaltigen Anstieg an medizinischen und Betreuungskosten nach sich ziehen wird. Die gegenwärtigen Geburtenraten sind zu niedrig, um die Reproduktionsrate zu erreichen, so dass die Bevölkerung von 127 Millionen Menschen im Jahr 2005 auf 120 Millionen im Jahr 2025 sinken wird. Der Rückgang der Geburtenratenraten hat bereits nach der ersten Ölkrise 1973 begonnen und verschärfte sich aufgrund der unsicheren Situation auf den Arbeitsmärkten ab Mitte der 90er Jahre. Heute lassen sich in der japanischen Gesellschaft verschiedene Phänomene beobachten, die junge Leute davon abhalten, Kinder zu bekommen.

Bei den sogenannten *freeta*, sprich frei driftenden Arbeitskräften, handelt es sich um orientierungslose Jugendliche, die nach dem Schulabschluss nicht genau wissen, welchen Lebensweg sie einschlagen sollen. Sie schlagen sich mit Gelegenheitsjobs durch und leben ansonsten in einer Partykultur. Des Weiteren steigt die Zahl von Paaren, in denen beide Partner berufstätig sind, aber keine Kinder haben. Ein Grund hierfür ist, dass Frauen, die wegen einer Familiengründung ihre Arbeit kündigen, mit großen Einkommenseinbußen rechnen müssen. Schließlich gibt es noch eine große Zahl von Jugendlichen, die im Alter zwischen 20 und 34 Jahren immer noch bei ihren Eltern wohnen und in Japan abschätzig als »parasitäre Singles« bezeichnet werden (2000 wurde ihre Zahl auf 10 Prozent der Bevölkerung geschätzt). Aufgrund der Versorgung durch die Eltern, genießen diese Jugendlichen

einen wesentlich höheren Lebensstandard als dies beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Die Gründung einer Familie würde bedeuten, dass diese Jugendlichen einerseits auf den gewohnten Luxus verzichten und andererseits die in Japan exorbitant hohen Mieten zahlen müssten.

Der Rückgang der Bevölkerung führt dazu, dass für das Jahr 2025 ein Verhältnis der abhängigen Bevölkerung zur nichtabhängigen Bevölkerung von unfassbaren 70 Prozent erwartet wird. Die Versorgung muss daher von nur 30 Prozent der nicht-abhängigen, sprich arbeitenden Bevölkerung getragen werden, mit gravierenden Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum und die Sozialsysteme.

C H I N A

Chinas Wirtschaftsreformen – Ein Wirtschaftswunder?

Bei der Betrachtung der chinesischen Wirtschaftsentwicklung beginnt man sinnvollerweise mit dem Einsetzen der Wirtschaftsreformen im Jahr 1978. Zum besseren Verständnis der Wirtschaftsreformen ist es jedoch sinnvoll, sich die grundlegenden Strukturen der Periode der sozialistischen Planwirtschaft noch einmal vor Augen zu führen.

Die Planwirtschaft, wie China sie Anfang der 50er Jahre einführte, erscheint zunächst wie eine Kopie des sowjetischen Systems. Dieses verwundert insofern nicht, als dass an ihrem Aufbau an die 10.000 russische Berater beteiligt waren, die die chinesischen Planer und Ingenieure mit den Planungstechniken und den ebenfalls aus der Sowjetunion importierten Industrietechnologien vertraut machten. Auch in China stand an der Spitze der Planungshierarchie die staatliche Plankommission, die mittels Materialbilanzen Ausstoßkennziffern und die Zuteilung von Produktionsgütern festlegte. Leiter von Staatsbetrieben richteten ihr Handeln demnach nicht nach Preisen, die die Knappheit eines Gutes signalisieren, sondern nach den Befehlen der Planungsbehörden. Ebenfalls von der Sowjetunion übernommen wurde die staatliche Investitionsstruktur mit dem Schwerpunkt auf der Schwerindustrie unter Vernachlässigung der Leichtindustrie.

Die wirtschaftlichen Leistungen der chinesischen Planwirtschaft in den rund 30 Jahren ihres Bestehens schwanken je nach Phase zwischen moderat gut auf der einen Seite – so zum Beispiel während des ersten Fünf-Jahr-Plans als die Lebenserwartung deutlich erhöht werden konnte und China erstmals in großem Stil industrialisiert wurde – und katastrophal auf der anderen Seite. Hervorzuheben ist hierbei die Phase des Großen Sprungs Anfang der 60er Jahre, die in der größten Hungersnot aller Zeiten endete, die schätzungsweise 30 Millionen Todesopfer forderte.

Es muss allerdings angemerkt werden, dass die Planwirtschaft im Bereich des »sozialen Konsums «, sprich Gesundheit und Ausbildung, einige Erfolge zu verbuchen hat. So gelang es durch ein von den ländlichen Kollektiven bereitgestelltes rudimentäres System von öffentlichen Dienstleistungen, die

Lebenserwartung von 50 Jahren im Jahr 1957 auf ein Niveau von 60 Jahren anzuheben. Ferner wurde eine Alphabetisierungsrate von zwei Dritteln erreicht. Die chinesische Bevölkerung war demnach zu Beginn der Reformen relativ gesund und relativ gut gebildet.

Es gibt zwei Charakteristika der chinesischen Form der Planwirtschaft, die hier kurz erwähnt werden sollen.

Zum einen hat die chinesische Planwirtschaft zu keinem Zeitpunkt den Zentralisierungsgrad der Sowjetunion erreicht. Wurden in der Sowjetunion unzählige Güter durch den zentralen Plan gesteuert, so waren es in China zu Spitzenzeiten der Rezentralisierung Ende der 70er Jahre 600 Schlüsselgüter. Dieses ist ein Ergebnis verschiedener Phasen der Dezentralisierung, bei der Planungshoheiten für bestimmte Güter auf lokale Ebenen abgegeben wurden. Die chinesische Führung fand daher zu Beginn der Reformen eine wesentlich flexiblere Ausgangsbasis vor, als es in der Sowjetunion der Fall gewesen war. Ein Beispiel sind Kleinstzulieferbetriebe auf dem Land, die außerhalb des zentralen Plans geführt wurden und später Grundlage des rasanten Wachstums der ländlichen Industrie werden sollten.

Ein zweites wichtiges Charakteristikum der chinesischen Planwirtschaft sind unterschiedliche öffentliche Eigentumsformen auf dem Land und in der Stadt. Die Bewohner der Städte waren fast alle in Staatsbetrieben angestellt. Diese sogenannten Arbeitseinheiten (*danwei*) stellten nicht nur den Arbeitsplatz, sondern kümmerten sich auch um die soziale Absicherung der Belegschaft und ihrer Familien. Dies bedeutete, dass ein städtischer Arbeiter Anspruch auf lebenslange Beschäftigung, niedrige Lebensmittelpreise, Gesundheitsversorgung, Pensionen, Grund- und Mittelschulbildung für die Kinder und billige Mieten in vom Betrieb gestellten Wohnungen hatte. Auf dem Land war ein solches System von Privilegien nicht vorhanden. Hier herrschte die kollektive Eigentumsform der Kommune vor, die nicht in den Zentralplan eingebunden war. Der Grad an sozialer Absicherung hing vom wirtschaftlichen Erfolg der Kommune ab und nur dann, wenn man Überschüsse erwirtschaftete, konnten Ärzte und Lehrer durch die Kommune finanziert werden. Auf die weitreichenden Folgen dieses Systems werde ich weiter unten noch eingehen.

Nach der Kulturrevolution (1966-76), die weite Teile des planwirtschaftlichen Personals dezimiert hatte, herrschten nach wie vor Güterknappheiten, vor allem im Bereich von Konsumgütern und Dienstleistungen, vor. Neben der materiellen Unterversorgung sorgte auch eine generelle Unzufriedenheit mit der gängigen sozialistischen Praxis der letzten 30 Jahre selbst bei Führungskräften der Kommunistischen Partei Chinas dafür, dass ein Klima geschaffen wurde, in dem wirtschaftliche Experimentierfreude einen immer größeren Raum einnehmen konnte.

Phasen der Reform

Die ab Ende 1978 einsetzenden Wirtschaftsreformen werden in der anglo-amerikanischen Literatur gerne mit dem Prädikat »gradualistisch« versehen und in

der Tat lief der Wechsel des Wirtschaftssystems in kleinen Schritten ab. Trotz dieses allmählichen Übergangs lassen sich zwei Perioden der Reformen unterscheiden. Die erste Periode von 1978-1989 ist gekennzeichnet durch die Koexistenz sowohl planwirtschaftlicher als auch marktwirtschaftlicher Koordinationmechanismen und ist personell stark mit Zhao Ziyang, dem damaligen Ministerpräsidenten, verknüpft. Nach dem Reformstop im Zuge der politischen Krise rund um das Tian'anmen-Massaker im Jahr 1989, setzte im Jahr 1993 ein neuer Reformschub ein. Diese Phase ist gekennzeichnet durch die Hinwendung zu rein marktwirtschaftlichen Mechanismen unter dem Motto der Sozialistischen Marktwirtschaft.

Erste Phase 1978–1989: Koexsistenz von Markt und Plan

Auch wenn der derzeitige Wachstumsmotor der chinesischen Wirtschaft eindeutig das industrielle Gewerbe ist, so darf dieses doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Grundlagen für die Reformmaßnahmen, wie sie auch etwas später im industriellen Sektor Einzug hielten, auf dem Land gelegt wurden. Chinesische Bauern besaßen kein eigenes Land und, wichtiger noch, konnten über die ihnen zugeteilten Flächen nicht frei verfügen. Vorschriften über Anbauprodukte (in der Regel Reis oder Getreide) wurden von der Kommune vorgegeben. Bezahlt wurden die Bauern in Arbeitspunkten, die mit dem Ernteergebnis verrechnet wurden. Die damalige makroökonomische Strategie massiver Investition in weitere Großindustrieprojekte verlangten von den Kollektiven hohe Abgabequoten zu niedrigen Preisen.

In einem ersten, gewissermaßen planwirtschaftlichen Schritt entschlossen sich die Reformer daher dazu, den Bauern »Luft zum Durchatmen« zu geben. Sie senkten die Quoten, erhöhten die Preise und investierten verstärkt in die Düngemittelindustrie. Darüber hinaus wurde den Bauern erlaubt, bei Übererfüllung der Quoten den Überschuss zu behalten und auf Märkten zu verkaufen [Liu Shaoqi 1962], was abermals zu einem rapiden Anstieg der Getreidepreise führte. Als entscheidender Reformschritt auf dem Land muss aber das sogenannte »Verantwortungssystem« gelten, dass anfangs nur in einigen Regionen experimentell durchgeführt wurde und 1983 de facto Standard in China war. Hierbei konnten nun einzelne Familien mit der Kommune einen Vertrag über eine bestimmte Produktionsmenge abschließen und über den Rest ihrer Ländereien und Arbeitskraft selbst verfügen.

Ergebnis dieser ersten Reformschritte war, dass China innerhalb weniger Jahre aus seinen Nahrungsmittelproduktionsengpässen herauskatapultiert wurde. Da die Bauern nun selbst über die Einteilung ihrer Arbeitszeit frei verfügen konnten, arbeiteten viele härter und schneller als zuvor, so dass ein neues Arbeitskräftepotenzial auf dem Land entstand. Diese freien Arbeitskräfte fanden Arbeit in sogenannten TVEs (Township and Village Enterprises – Gemeinde- und Dorfunternehmen), kleinen Unternehmen oder Kollektiven, die zur Zeit der Planwirtschaft in der Regel Zulieferfunktionen hatten. Diese Unternehmen unterstanden nicht dem zentralen Plan (wohl aber Kollektiv und Lokalregierungen) und begannen nun nach und nach die vielen Nischen im Konsumgüterbereich zu

füllen. Es begann ein dramatisches Wachstum, das durch hohe Sparquoten flankiert wurde. Hatten die TVEs 1978 noch einen Anteil von 9 Prozent am Industrieoutput, so wuchs dieser Anteil auf 28 Prozent im Jahr 1996 an. Die TVEs waren in den ersten Jahren der Wachstumsmotor der chinesischen Wirtschaft.

Im städtischen Industriesektor, dem eigentlichen Herzstück sozialistischer Planwirtschaft, wurden ebenfalls Überplanverkäufe auf Märkten zugelassen. Gestärkt wurden auch die Anreize der Leiter von Staatsbetrieben, am Wettbewerb teilzunehmen. Managern, die bis zu Beginn der Reformen nur ausführende Befehlsempfänger waren, wurden neue Anreizmöglichkeiten durch verschiedene Formen von Profitbeteiligung und durch ein »Managerverantwortungssystem« (1984) gegeben. Letzteres räumte Betriebsleitern weitreichende Entscheidungsfreiheiten ein, ohne allerdings die planwirtschaftliche Struktur, also die Abhängigkeit des Managers von den Behörden, aufzulösen.

Die wohl gravierendste politische Entscheidung, die die Abwendung von einem zentralen Plan einleitete, wurde allerdings im Jahr 1984 gefällt. Zum ersten Mal wurde der zentrale Materialallokationsplan in absoluten Zahlen eingefroren und nie wieder nach oben korrigiert. Auch wenn die Abgabequoten in einigen Unternehmen nach wie vor hoch waren, so orientierten sich Unternehmen bei der Produktionsplanung daher verstärkt an den (höheren) Marktpreisen und nahmen die Quote als eine Form der Pauschalsteuer wahr. Der Effekt war, dass bei Wachstum nur noch der Teil der Wirtschaft wuchs, der marktwirtschaftlich koordiniert wurde. Die Wirtschaft wuchs förmlich aus dem Plan heraus, ohne dass formal die Planwirtschaft abgeschafft worden war. Der Systemwechsel, der sich immer mehr abzeichnete, wurde ferner dadurch unterstrichen, dass 1985 Preise offiziell legalisiert wurden. Man muss sich allerdings vergegenwärtigen, dass es sich bei den Wirtschaftsakteuren nach wie vor um staatliche und kollektive Betriebe handelte. Lediglich der Koordinationsmechanismus war marktwirtschaftlich ausgerichtet worden.

Es soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die erste Phase der Reformära eine »Reform ohne Verlierer« war. Auf dem Land stiegen die Preise rasant an und eine boomende ländliche Industrie ermöglichte neue Einkommensformen. In der Stadt hingegen hielt man die 80er Jahre hindurch die durch die Arbeitseinheit vom Staat garantierten Privilegien aufrecht. Im so gut wie nicht vorhandenen Dienstleistungssektor wurden etliche neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch kam dem Plan gerade in der Anfangsphase der Reformen eine sozial stabilisierende Funktion zu, so dass beispielsweise die massenhafte Rückkehr von Jugendlichen, die während der Kulturrevolution aufs Land verschickt worden waren, in die Städte keine offene Arbeitslosigkeit hervorrief. Andererseits wurde den Bauern durch rasche Preisanhebungen schnell eine spürbare Erleichterung verschafft, ohne erst einen mittelfristigen Aufschwung abwarten zu müssen.

Die zweite Phase der Reform von 1993 bis heute: Sozialistische Marktwirtschaft

Unterbrochen von einem dreijährigen Reformstau aufgrund der politischen Ereignisse im Jahr 1989, setzten die Reformmaßnahmen 1993 mit neuem Schwung ein. Die Strategie der Koexistenz zweier Wirtschaftsmechanismen wurde abgelöst durch die Strategie der Schaffung eines Systems von Regeln, das allen Akteuren gleiche Voraussetzungen für wirtschaftliches Handeln geben sollte (engl.: »level playing field«). Hierzu wurden weitreichende Reformen im Bereich des Steuerwesens, der Geldpolitik, der Regeln der Unternehmensführung (Corporate Governance) und des Arbeitsrechts vorgenommen. Ein weiterer wichtiger Schritt war der Beitritt zur WTO im Jahr 2001, der einen vorläufigen Höhepunkt der Liberalisierung des Außenhandels darstellte. Der regelbasierte Ansatz findet seinen Ausdruck in einer bis heute nicht abreißenden Fülle an neuer Rechtssetzung.

Die große Zahl der regulierten Bereiche lässt es nicht zu, sie hier im Einzelnen zu besprechen, weshalb ich mich auf die wohl grundlegendste Reform, nämlich das Unternehmensgesetz aus dem Jahr 1999 beschränke.

Dieses Gesetz ragt insofern aus der Masse der anderen Gesetze heraus, weil es den Paradigmenwechsel von Staatseigentum hin zu einer diversifizierten Struktur von Eigentumsformen in einem rechtlichen Rahmen fixiert. Rein inhaltlich beschreibt das Gesetz verschiedene nunmehr legale Eigentumsformen. Dieses bedeutet zum einen, dass ein Signal für alle definierten Unternehmensformen gesetzt wird, gleichberechtigt im Wettbewerb mit den anderen Unternehmensformen zu stehen. Die wichtigsten Rechtsformen mit ihrem prozentualen Anteil am Industrieoutput im Jahr 2004 sind: Staatsbetriebe (38 Prozent), Joint-Stock- Companies (staatlich-private Mischfirmen: 42,1 Prozent), Unternehmen mit Auslandskapital (FIE – »Foreign Invested Enterprise«: 30,8 Prozent) und Kollektivunternehmen (5,3 Prozent). Da das Gesetz auch Bestimmungen zur Überführung von Staatsbetrieben in andere legale Unternehmensformen durch Anteilsverkauf oder gar Privatisierung enthielt, wurde mit ihm auch ein klares Signal für einen Institutionenwechsel gesetzt.

Beschlüsse des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas im September 1997 führten dazu, dass die lokalen Regierungen, denen ein Großteil der Staatsunternehmen gehörte, nahezu freie Hand bei der Verfügung über das Betriebsvermögen bekamen. Das Motto hierbei war »die Großen fassen, die Kleinen lassen«, also die Reorganisation, Stärkung und Finanzierung großer Unternehmen mit steigenden Skalenerträgen einerseits und andererseits die Freisetzung verlustreicher kleiner und mittlerer Unternehmen, die in der Regel auf lokaler Ebene zu finden waren. Die Folge war, dass Zehntausende Staatsbetriebe geschlossen oder verkauft wurden. Die Zahl der Arbeitskräfte sank in Folge in Staatsunternehmen um 40 Prozent und in städtischen Kollektivbetrieben sogar um über zwei Drittel.

196 der größten chinesischen Konzerne werden durch die staatliche Kommission für Aufsicht und Verwaltung (SASAC) unter ihrem bekannten Leiter Li Rongrong

verwaltet. Sie besitzt das Eigentum an den Unternehmen, besetzt deren Aufsichtsräte und etwa 50 Spitzenjobs, nimmt aber keine direkten Managementaufgaben war. Da von der zentralen SASAC Unternehmen verwaltet werden, die wichtige öffentliche Güter oder nationale Ressourcen produzieren, die natürliche Monopole darstellen oder dem Bereich nationale Sicherheit zuzurechnen sind, ist der Staatssektor nach wie vor groß (2004: 38 Prozent des Industrieoutputs). Auf lokaler Ebene sind unabhängige Zweige der SASAC tätig, die die Umformung der Staatsbetriebe steuern. Hierbei ist die Geschwindigkeit der Privatisierung in hohem Maße von der Politik der lokalen SASAC abhängig.

Im Gegensatz zur ersten Phase der Reformen gab es bei der zweiten Phase der Reformen sehr wohl auch Verlierer. Das über die Arbeitseinheit gesicherte Sozialsystem wurde aufgebrochen, das lebenslange Recht auf Arbeit durch das Arbeitsvertragsgesetz aus dem Jahr 1986 sukzessive abgeschafft.

Schwerpunkt: Armut und Ungleichverteilung

Betrachtet man Armut in China, so sind zwei Dinge bemerkenswert. Zum einen ist Armut in China, im Unterschied zu den meisten anderen Entwicklungsländern ein primär ländliches Phänomen. Zum anderen sind die Lebensumstände der chinesischen Bevölkerung heutzutage signifikant besser als es noch vor 30 Jahren der Fall war.

Letzteres gilt im Besonderen für die Reduzierung der Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben. Nach Berechnungen der Weltbank wurden seit den frühen 80er Jahren bis zum Jahr 2004 400 Millionen Bauern aus der Armut herauskatapultiert, davon die Hälfte in den ersten sechs Jahren der Reform. Diese Verbesserung der Lebensumstände für eine so enorm hohe Zahl von Personen war sicherlich ein einmaliger Effekt, der vor allem auf Fehlerkorrekturen im alten planwirtschaftlichen System zurückzuführen ist. Hierzu gehörten zum Beispiel die Abschaffung der die Landbevölkerung diskriminierenden niedrigen Aufkaufspreise, und die effizientere Bewirtschaftung der Ackerfläche nach Abschaffung der Kommunen. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich der Rückgang der Armut allerdings stark verlangsamt, was einerseits an den begrenzten Wachstumsmöglichkeiten abgelegener bevölkerungsreicher Kreise liegt, deren natürliche Ressourcenausstattung und Infrastruktur schlecht sind. Gleichzeitig setzten die Entlassungswellen aus den Staatsbetrieben ein, so dass ländliche Migrantenarbeiter in Städten schwerer eine Arbeit fanden. Die Weltbank errechnete für das Jahr 2004 eine Zahl von 114 Millionen Menschen, die nach wie vor in Armut lebten.

Die Konzentration von Armut, vor allem im ländlichen Raum, hat verschiedene Gründe.

Der erste Grund ist das politisch-administrative Erbe des Haushaltsregistrierungssystem (Hukou- System), das seit den 60er Jahren nicht nur zur Erfassung von Migration eingesetzt wurde, sondern auch zur Migrationskontrolle. Wichtig hierbei ist, dass mit einer Registrierung bestimmte städtische und ländliche

Rechtsansprüche verbunden waren, wie sie bereits oben erwähnt wurden: staatlich garantierte Sozialabsicherung in den Städten und erfolgsabhängige Sozialversorgung auf dem Land. Da die Landbevölkerung ohnehin niedrigere Einkommen als die Stadtbevölkerung zu Verfügung hatte und hohe staatliche Produktionsquoten und niedrige Absatzpreise höchstens eine rudimentäre Versorgung ermöglichten, kann man an dieser Stelle eindeutig von einer Diskriminierung der Landbevölkerung sprechen. Ab Mitte der 60er Jahre war es nahezu unmöglich, in einen städtischen Hukou zu wechseln, was gewissermaßen zwei Kasten von chinesischen Bürgern entstehen ließ: privilegierte Städter auf der einen und arme Bauern auf der anderen Seite. Heute ist es leichter möglich, an eine städtische Haushaltsregistrierung zu kommen und Aufenthalte von Wanderarbeitern in den Städten werden geduldet. Allerdings besteht die Diskriminierung in Form nicht gewährter Privilegien fort.

Mit Einsetzen der Reformen begann sich die Einkommensschere zwischen Stadt und Land allerdings zunächst zu schließen. Betrachtet man die Verteilung der Einkommen, so fällt auf, dass im Jahre 1983 ein Verteilungsniveau bestand, das mit dem von Deutschland oder Japan (Jahr 2005) vergleichbar war. Ausgedrückt wird die regionale Verteilung mit dem Gini-Koeffizienten, der zwischen 0 und 1 liegt. Länder mit niedrigem Gini- Koeffizienten sind zum Beispiel Japan und Schweden (0,25), einen sehr hohen Wert hat Brasilien (0.59). China besaß im Jahr 1983 jedoch einen Gini-Koeffizienten von 0,28 und war somit eines der Länder mit der höchsten Gleichverteilung an Einkommen der Welt. Dieser Umstand ist ungewöhnlich, da großflächige Länder aufgrund der ungleichen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen in der Regel zu einer höheren Ungleichverteilung tendieren. Grund hierfür waren natürlich die Reformen auf dem Land, die Auflösung der Kommunen, sowie die Erfolgsgeschichte der TVEs.

Diese Tendenz hatte allerdings keinen Bestand. Im Jahr 2001 ist China mit einem Gini-Koeffizienten von 0,447 ungleicher als Indien (0,325), Indonesien (0,34) oder Korea (0,32) und steht auf einer Stufe mit den Ländern wie Thailand und den Phillipinen, [USA Gini 2001= 0,408] was bedeutet, dass das ungleiche Verteilungsniveau so schnell entstanden ist, wie es vorher wohl in keinem anderen Land der Fall war.

Ein Grund für die Ungleichverteilung war und ist die administrative Trennung von ländlichen und städtischen Haushalten, die, wenn auch gelockert, weiterbesteht. Mit Fortschreiten der Reformen wurde zudem deutlich, dass Auslandsinvestitionen und Außenhandel, denen eine zentrale Entwicklungsfunktion zukam, verstärkt in den Küstenstädten zum Tragen kamen, wovon wiederum auch die ländliche Kleinindustrie in stärkerem Maße profitierte als diejenige in abgelegenen Regionen.

Neben der Ungleichverteilung der Einkommen kommt für die Landbevölkerung erschwerend hinzu, dass mit dem Wegfall der Kollektive auch die letzten Überreste staatlicher Grundversorgung weggebrochen sind. Konnte man die sozialen Härten in den Städten zumindest abfedern, so muss ein Bauer heutzutage sämtliche Arztkosten aus eigener Tasche bezahlen.

Die vergleichsweise schlechten Verhältnisse auf dem Land einerseits und die nach wie vor boomenden Städte andererseits haben dazu geführt, dass viele junge Menschen vom Land in der Stadt ihr Glück versuchen, um hier in Teilzeit auf Baustellen, in Fabriken oder als Servicekraft zu arbeiten. Diese Wanderarbeiter bleiben allerdings nicht dauerhaft in den Städten, sondern kehren regelmäßig zu ihren Familien zurück. Dies ist vor allem deshalb vonnöten, weil den ländlichen Familien ihr Anteil an Land an vielen Orten immer noch nach der Anzahl der vor Ort lebenden Familienmitglieder bemessen wird. Wanderarbeiter haben in den Städten, da sie keine städtische Haushaltsregistrierung besitzen, nach wie vor keinen Zugang zu sozialen Einrichtungen. So haben Kinder von Wanderarbeitern beispielsweise keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Die Zahl der Wanderarbeiter wurde im Jahr 2000 auf 144 Millionen Menschen beziffert. Hiervon zählten allerdings 65 Millionen zu Arbeitern, die innerhalb ihres Heimatkreises Arbeit fanden. Die restlichen 79 Millionen allerdings reisen an Orte, die teilweise weit entfernt von ihren Heimatprovinzen liegen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die ländliche Bevölkerung Chinas nach wie vor gegenüber den Menschen in den Städten in einer wesentlich schlechteren wirtschaftlichen Lage ist. Sie hat durch den Systemwandel zwar ebenfalls an wirtschaftlicher Kraft gewonnen, ist aber der große Verlierer, wenn es um soziale Absicherung geht. Ein kleiner Trost kann allerdings ein Blick auf die Werte der Lebenserwartung sein, die ja ein wichtiger Indikator für die Gesundheit einer Bevölkerung ist. Hier wurde für das Jahr 2002 eine Lebenserwartung von 70,9 Jahren gemessen, was in etwa dem Durchschnitt eines Landes mit mittlerem Einkommen entspricht. Vergleicht man diese Zahl mit derjenigen von 1980, wo die Lebenserwartung noch 67,8 Jahre betrug, so kann man zumindest festhalten, dass der positive Effekt des Wachstums höher ist als der negative Effekt des Wegfalls der Gesundheitsabsicherung.